

Landkreis Ravensburg

den 11. Jul. 2016

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik
am 21.06.2016 im Jobcenter, Sauterleutestr. 34, 88250 Weingarten, Sitzungssaal Raum 009

Dauer 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 20 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers,

CDU

Herr Rudolf Hämmerle,

in Vertretung für KR Schuler

Herr Wilhelm Heine,

Herr Dieter Krattenmacher,

Herr Hans-Jörg Leonhardt,

Herr Alois Peter,

Herr Robert Schweizer,

Herr Daniel Steiner,

in Vertretung für KR Kleiner

Herr Josef Wurm,

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle,

Herr Matthias Grad,

Herr Roland Schmidinger,

«sitext» vom «sidat»

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Bruno Sing,
Herr Heinz Strubel,

SPD

Herr Rudolf Bindig,
Frau Gisela Müller,

in Vertretung für KR Röllli

ÖDP

Herr Julian Aicher,
Herr Max Scharpf,

Die Linke

Herr Dr. Till Bastian,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Franz Baur,
Herr Simon Gehringer,
Herr Werner Nitz,
Herr Walter Sieger,

Frau Iris Steger,

Dezernent Finanzen, Schulen u. Infrastruktur
Amtsleiter Straßenbauamt
Amtsleiter Abfallwirtschaftsamt
Dezernent Kreisentwickl., Wirtsch. u. ländl.
Raum
Amtsleiterin Bau- und Umweltamt

Abwesend:

stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Wolfgang Kleiner,
Herr August Schuler,

wird von KR Steiner vertreten
wird von KR Hämmerle vertreten

FWV

Herr Dr. Hermann Schad,

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Gereon Güldenbergl,

SPD

Herr Jürgen Röllli,

wird von KRin Müller vertreten

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Mitteilungsvorlagen

3. 0108/2016
Abfallwirtschaft: Sachstandsbericht zum Thema Rückdelegation
4. 0096/2016
Kreisstrategie Straßeninfrastruktur - Bericht über Themen des Klausurtags am 12.05.2016

Angelegenheiten des Straßenbauamtes

5. 0104/2016
Ersatzpflanzungen für gefällte Bäume an Bundes-, Landes- und Kreisstraßen

Angelegenheiten des Bau- und Umweltamtes

6. 0103/2016
Zuschüsse zum Bau eines Umgehungsgerinnes - Antrag der Fraktionen CDU, Die Grünen/Bündnis 90 und ÖDP vom 26.04.2016
7. Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

8. Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt und Technik wurden am 10.06.2016 zu dieser Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung

Es werden keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgebracht.

Beratungsergebnis: keine Änderung

2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Zum Protokoll der Sitzung am 27.04.2016 (Tischvorlage) gibt es keine Änderungswünsche.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

3. Abfallwirtschaft: Sachstandsbericht zum Thema Rückdelegation (0108/2016)

Herr Baur berichtet zum Thema Rückdelegation mit einer PowerPoint-Präsentation und teilt diese als Tischvorlage aus.

KR Sing bittet darum, den Termin für die Besichtigung der Fa. Häusle im Herbst 2016 vorzusehen.

Herr Baur hat vor, die Firma und das Gelände erst dann in Augenschein zu nehmen, wenn der Betrieb auf dem aktuellen technischen Stand ist.

KR Sing regt an, den Termin gleich festzusetzen und ggf. wieder abzusetzen.

Herr Baur wird bei der Fa. Häusle anfragen, bis wann mit der Umsetzung der Auflagen gerechnet werden kann.

KR Leonhardt wünscht eine klare Aussage darüber, ob und ggf. wann der Landkreis die Reißleine hätte ziehen müssen.

Der Vorsitzende kündigt an, dass Herr Baur einen entsprechenden Passus formulieren und dem Protokoll beifügen werde.

Anmerkung der Schriftführung:

Die nachträglich formulierte Aussage lautet:

„I. Grundsätzliche Feststellung

Die Vorfälle bei Fa. Häusle, Lustenau, betreffen zwei unterschiedliche Sphären:

- a. Illegale Abfallablagerungen auf dem Firmengelände*
- b. Betrieb der Bioabfallvergärungsanlage*

II. Die Landesregierung von Vorarlberg hat der Landkreisverwaltung zu diesen Vorgängen am 06. April 2016 folgende Auskünfte erteilt.

1. Zeitpunkt der Verstöße

Der Zeitpunkt der Verstöße zu I.a) lag nach dem aktuellen Stand der Ermittlungen zweifelsfrei vor dem 01.01.2016.

2. Maßnahmen bzw. Auflagen der Landesregierung von Vorarlberg

a) Screening –Konzept für das Firmenareal

Die Fa. Häusle hat auf Anweisung der Landesregierung ein Screening – Konzept vorgelegt, wie das Areal dahingehend untersucht wird, wo die illegale Abfallbeseitigung stattgefunden hat. Weiterhin wird darin aufgezeigt, wie das Firmengelände saniert wird.

b) Die Aufbereitungsanlage für Bioabfälle muss kurzfristig auf den aktuellen technischen Stand gebracht werden

Dies wurde in wesentlichen Teilen kurzfristig nachgewiesen. Ausgenommen davon ist die Biogasaufbereitungsanlage. Da die Aufbereitungsanlage derzeit steht, wird das Biogas im Moment abgefackelt. Die Fa. Häusle arbeitet mit Hochdruck an einer technischen Lösung zur Verwertung des Biogases. Dafür gibt es zwei Varianten:

- *Wiederinbetriebnahme der Aufbereitungsanlage*
- *Installation eines Gasmotors mit Generator zur Stromerzeugung*

Der Betrieb der Bioabfall-Vergärungsanlage ist von dem Problem mit der Gasverwertung nicht unmittelbar betroffen. Das gewonnene Gas wird wie oben dargelegt derzeit abgefackelt.

c) Überprüfung der Zuverlässigkeit nach dem Abfallwirtschaftsgesetz

Die Überprüfung hat ergeben, dass die Zuverlässigkeit der Fa. Häusle nach dem österreichischen Abfallwirtschaftsgesetz gegeben ist.

d) Kontrollregie

Das Entwässerungscontrolling des Betriebs der Fa. Häusle muss auf neue Beine gestellt werden.

III. Wertung

Die illegalen Abfallablagerungen auf dem Firmengelände der Fa. Häusle fanden vor dem 01.01.2016 statt und berühren damit nicht das Vertragsverhältnis zwischen der Fa. Häusle und dem Landkreis Ravensburg, da erst seit dem 01.01.2016 die Bioabfälle aus unserem Kreisgebiet in Lustenau behandelt und aufbereitet werden.

Die Frage, ob der Verwertungsvertrag mit der Fa. Häusle hätte gekündigt werden müssen, beschränkt sich daher nur auf den Sachverhalt I b).

Der Vertrag zwischen der Fa. Häusle und dem Landkreis Ravensburg beinhaltet auch ein Notfallkonzept. Für den Fall einer Betriebsstörung der Aufbereitungsanlage in Lustenau ist die Behandlung der Bioabfälle auf einer Ersatzanlage in Tirol sichergestellt. Für den theoretischen Fall, dass durch die Landesregierung Vorarlberg der Betrieb der Aufbereitungsanlage Lustenau untersagt worden wäre, hätte dieses Notfallkonzept gegriffen. Eine Kündigung des Vertrages mit finanziellen Nachteilen für den Landkreis wäre daher auch im Fall einer Betriebsuntersagung in Lustenau nicht notwendig geworden.“

Herr Baur fährt mit der Präsentation fort.

KR S. Scharpf vermisst auf der Homepage ein Formular für die Tonnen-Änderung.

Herr Baur sichert zu, auch dieses Formular (Restmüll) einzustellen. Die Befreiung von der

Abfuhr des Biomülls müsse allerdings weiterhin beim Rathaus beantragt werden.

KR Sing tauscht sich mit Herrn Baur über das Thema Behälter-Schlösser, über eine bessere Objektkennzeichnung auf den Sperrmüllkarten und über die Dienstleistung zusätzlicher Sperrmüll-Abfahren aus.

KR Bindig erkundigt sich nach der Qualität des angelieferten Biomülls und nach der Müllmenge, speziell in den Gemeinden, in denen früher die Abfallmenge verwogen wurde.

Herr Baur gibt zu bedenken, dass die Abfallmengensteigerung nur dann ermittelt werden kann, wenn der frühere und der aktuelle Abfuhrbezirk genau identisch sind.

Auf Nachfrage von KR Schmidinger erläutert Herr Nitz die Abgrenzung von gewerblichem und privatem Müll (Einzelfall in Bad Waldsee).

Herr Baur ergänzt, dass die Verwaltung diesen speziellen Fall nochmals prüfen werde.

KR Krattenmacher greift auf, dass das Müllkonzept noch kostenmäßig optimiert werden muss. Er appelliert an die Verwaltung, nun konsequent an die Strukturen (einschließlich einer vollständigen Rückdelegation) zu gehen und (noch) nicht in den Normal-Modus überzuwechseln.

Herr Baur teilt mit, dass sich die Verwaltung umgehend nach dem Versand der Gebührenbescheide mit dem Abfallwirtschaftskonzept bzw. der Rückdelegation beschäftigen wird.

KR Wurm bemängelt, dass die erfassten Biomüll-Mengen noch nicht in den Gemeindeblättern kommuniziert wurden.

Es folgen Wortmeldungen der KRe S. Scharpf, Leonhardt und Peter zu den Beratungen bei den Gemeinden, zur Anlieferung von Wangener Bürgern in Obermooweiler und zur geordneten Zurückstellung von Eimern am Straßenrand.

KR Sing schlägt vor, für die nördlichen Teile des Landkreises eine zusätzliche Abgabemöglichkeit zu schaffen.

Der Vorsitzende führt aus, dass im Zuge der Überarbeitung des Konzeptes auch eine gleichmäßige Verteilung im Landkreis angestrebt werde.

Auf Hinweis von KR Peter bestätigt Herr Baur, dass gegen wilde Müllablagerungen mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit reagiert werden müsse. Allerdings sei hier nicht nur der Landkreis in der Pflicht, sondern auch die Städte und Gemeinden.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

4. Kreisstrategie Straßeninfrastruktur - Bericht über Themen des Klausurtags am 12.05.2016 (0096/2016)

KR Bindig lobt die Sitzungsvorlage und geht auf einzelne Aspekte ein, wie beispielsweise die Zeitfenster der Zielerreichung, die Personalressourcen im Straßenbauamt oder die Ausgleichsmaßnahmen zur Generierung von Ökopunkten.

KR Krattenmacher stellt fest, dass mehr Personal und mehr Finanzmittel vonnöten sind. Es gehe nicht nur um das Ausbessern, sondern darum, offensiv neue Infrastrukturen zu schaffen, wenn es im Einzelfall sinnvoll sei. In Zukunft werde es wohl immer schwieriger, geeignetes Personal zu finden. Angesichts der anstehenden Verrentungswelle müsse man den Auszubildenden eine Übernahmegarantie anbieten. Neben der auskömmlichen Ausstattung des Straßenbauamtes sei aber auch über eine Entlastung von Aufgaben nachzudenken.

KR Sing erkundigt sich nach der Mindestausstattung an personellen und finanziellen Ressourcen, um die notwendigen Erhaltungsmaßnahmen umzusetzen bzw. um im Radwegnetz sinnvoll neu zu bauen. Außerdem fragt er nach den Möglichkeiten externer Vergaben.

Herr Gehringer teilt mit, dass die Zustandserfassung der Straßen im vergangenen Jahr fremdvergeben worden sei. Wegen eines Unfalls des Einsatzfahrzeugs stünden die Daten aktuell noch nicht zur Verfügung. Sobald diese vorliegen, könne der Maßnahmenplan formuliert werden. Eine Vorstellung im Ausschuss sei für den Oktober geplant.

Herr Sieger erläutert die Wiedervernässungsmaßnahmen im Bereich Sassweiher bei Enzisreute.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

5. Ersatzpflanzungen für gefälltte Bäume an Bundes-, Landes- und Kreisstraßen (0104/2016)

KR Peter bedauert die fehlende Ökopunktfähigkeit der Pflanzungen.

KR Bindig fragt nach der Gesamtzahl der gefälltten Eschen und nach der Baumart, die für die Ersatzpflanzungen ausgewählt wurde.

KR Strubel interessiert sich für den konkreten Zeitpunkt der Pflanzaktion und für die Übereinstimmung mit der Liste des BUND:

Frau Steger erklärt die in der Ökokonto-Verordnung des Landes genannten Anforderungen an die Ökopunktfähigkeit und weshalb diese in diesem speziellen Fall nicht erfüllt werden können.

Herr Gehringer führt aus, dass die Verwaltung nicht den Anspruch hat, genau dieselbe Anzahl gefälltter Bäume nun wieder neu anzupflanzen und 1:1 zu ersetzen. Das sei auch nicht gefordert, da die gefälltten Eschen ja krank gewesen seien. Auf der Grundlage des heutigen Beschlusses könne man mit der Pflanzaktion im Herbst beginnen.

KR Sing verweist auf die Vorbildwirkung des Landkreises. Er möchte wissen, ob bei den gefälltten Bäumen auch Naturdenkmale betroffen waren.

Frau Steger ist diesbezüglich nichts bekannt.

KR Leonhardt überlegt, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden ein Programm aufzulegen, über welches Bäume kostengünstig über die Kommunen erworben werden können. Damit wäre es möglich, Anpflanzungen auf privatem Grund zu fördern.

Beschlussentwurf:

An Bundes-, Landes- und Kreisstraßen sollen zum Ausgleich von Eingriffen in das Landschaftsbild, welche durch das Fällen von kranken Eschen entstanden sind, Baumpflanzungen durchgeführt werden. Hierfür werden im Jahr 2016 für Pflanzungen entlang von Kreisstraßen 10.000 € aus dem Haushalt des Straßenbauamts eingesetzt, sowie 15.000 € für Pflanzungen entlang von Bundes- und Landesstraßen aus dem Haushalt des Bau- und Umweltamts zur Verfügung gestellt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

6. Zuschüsse zum Bau eines Umgehungsgerinnes - Antrag der Fraktionen CDU, Die Grünen/Bündnis 90 und ÖDP vom 26.04.2016 (0103/2016)

KR Leonhardt vertritt die Auffassung, dass der Stromverkauf aus dem Wasserkraftwerk auskömmlich ist und dass die Anlage wirtschaftlich betrieben werden kann. Auch um keinen Präzedenzfall zu schaffen, solle sich der Landkreis hier nicht um einen finanziellen Ersatz kümmern. Gleichwohl bittet er um eine positive Begleitung des Betriebs durch die Behörde.

KR Aicher verweist auf die finanzielle Unterstützung eines Betriebs auf der Gemarkung Argenbühl. Er erläutert seinen Antrag und informiert über die Hintergründe und Strukturen sowie über die aktuellen Bemühungen und Gespräche auf politischer Ebene. Außerdem vermisst er in der Sitzungsvorlage Hinweise auf die Unterstützung durch die Gemeinde Berg.

KR Sing ist der Meinung, dass es nicht die Aufgabe der Verwaltung sei, über Fördermöglichkeiten zu informieren und zu beraten. Diesbezüglich sei die Energieagentur der richtige Ansprechpartner.

KR Bindig bestätigt, dass der Landkreis lediglich über eine mögliche Unterstützung mit Kreismitteln zu befinden hat. Anderweitige Förderungen müssten selbst bei den jeweiligen Stellen abgeklärt werden. Nach der bestehenden Aktenlage komme er nicht zu dem Ergebnis, dass dem Betreiber Kreismittel zur Verfügung gestellt werden sollten.

KR Strubel berichtet von dem Ortstermin am 07.04.2016. Der daraufhin formulierte Gemeinsame Antrag sei in erster Linie als Signal für den Betreiber zu verstehen.

Frau Steger erklärt die Fördermöglichkeiten über EEG und über das Programm „Kleine Wasserkraft“ und schildert die langjährigen Kontakte mit dem Betreiber und das zum Teil unbefriedigende Verfahren.

KR Aicher teilt mit, er habe mit dem Antrag vor allem ein juristisches Verfahren vermeiden wollen. Nun werde er den Vorschlag von KR Sing aufgreifen und mit Herrn Göppel in Kontakt treten.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

7. Mitteilungen und Anfragen

Es liegen keine Mitteilungen oder Anfragen vor.

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

entfällt

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte

Josef Wurm

Karl-Heinz Buschle